

# Auswanderung: Exodus der Deutschen

Categories : [Home Internetkanzlei](#), [Wege raus aus der Krisen-Falle](#)

## Warum verlassen Deutsche Deutschland?

Die Redaktion des „Wall Street Journal“ bescheinigt Deutschland bereits zu Beginn des Jahres 2019

*„die dümmste Energiepolitik der Welt“,*

weil dem Abschied von der Kernenergie der Ausstieg aus der Kohle folgt.

- Endlose Baustellen,
- brüchige Brücken,
- verspätete Züge,
- langsames Internet,
- marode Schulen,
- die vermurkste Energiewende,
- fehlende innere Sicherheit,
- eingeschränkte Meinungsfreiheit,
- ...

Es gibt viele Gründe, warum das eigene Land nicht mehr als Heimat empfunden wird.

2018 verließen 261.000 Deutsche das Land. Nur im Jahr 2016 (281.000) waren es noch mehr. Vor 2015 lag die Auswandererzahl stets unter 200.000 oder war gar, bis 1991, nur fünfstellig.

Der „Stern“ berichtete 2018, im Jahr 2016 hätten viertausend Millionäre Deutschland verlassen, während es 2015 noch eintausend waren – und in den Jahren zuvor immer nur einige Hundert.

Es ist aber vor allem die Mittelschicht, die ernsthaft erwägt, Deutschland zu verlassen. Diese Menschen verdienen ordentlich und beginnen sich gleichwohl zu sorgen, ob ihre zur Alterssicherung erworbene Wohnung etwa in Berlin schleichend enteignet wird – erst durch schikanöse Auflagen, dann durch einen Mietendeckel, der zu wenig Raum lässt, um die Hypothek zu bedienen, sodass am Ende die eigentlich eigenen vier Wände verramscht werden müssten. Sie fürchten, dass der Staat wegen der massiven Zuwanderung nicht bis zu ihrer Pensionierung liquide bleibt - während gleichzeitig der Wirtschaft, die jetzt schon mit den höchsten Strompreisen Europas zu kämpfen hat, nach einem weitgehenden politischen Konsens neue CO2-Bepreisungen auferlegt werden sollen.

Woher kommen dann wohl Arbeitsplätze für die Kinder und Enkel?

## **Gehen wir ins Detail – besser in die vielen bestürzenden Details:**

### **Besteuerung**

In der knapp siebenjährigen Ära Schröder hat der Staat seine Lust auf das Geld anderer Leute gezügelt. Die Steuerquote, also das Verhältnis von Steueraufkommen und Bruttoinlandsprodukt, sank im letzten Jahr der Regierung Schröder auf das niedrigste Niveau (20,6%) der jüngeren Geschichte. 2004 mussten die Bürger rund Euro 443 Milliarden an den deutschen Staat abführen.

In der mittlerweile 13-jährigen Amtszeit von Angela Merkel hat der Steuerstaat dagegen beide Hände ganz tief in den Taschen der Bürger vergraben. Im Jahr 2020, dessen Finanzplanung längst verabschiedet ist, wird als krönender Abschluss ihrer Regierungszeit ein Allzeithoch erreicht, relativ und absolut.

Demnach fließt fast ein Viertel des insgesamt (!) im Lande produzierten Wohlstandes in Form einer Steuer an den Fiskus.

### **Kollaps des Industriestandortes**

Nach zehn Jahren Aufschwung schrumpfte die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal 2019 um 0,1%. Alle Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich die Schrumpfung im dritten Quartal beschleunigt.

1. Im Juni sanken die Exportwerte der deutschen Wirtschaft um 8%.
2. Im Jahresvergleich gab die Industrieproduktion um 5% nach. Bei den Maschinenbauern steht eine nennenswerte Zahl stornierter Werkzeugmaschinen in den Lagerhallen.
3. Vor allem die Automobilindustrie und ihre Zulieferer laufen nicht rund. BMW und Daimler haben nach diversen Gewinnwarnungen die Vorstandsvorsitzenden ausgewechselt. Den Lauf der Dinge, der zurzeit vor allem ein Lauf nach unten ist, hat das nicht aufhalten können. Bei Continental werden im 3. Quartal erneut unbequeme Nachrichten erwartet.
4. Die Personalabteilungen der Dax-Konzerne stellen in diesen Tagen ihre Kürzungslisten zusammen, um sie mit den Betriebsräten zu besprechen:
  - Die Deutsche Bank will rund 20.000 Stellen streichen,
  - BASF 6.000,
  - Bayer 12.000 Stellen
  - und auch bei Siemens, Volkswagen und ThyssenKrupp werden die Gehaltslisten verkürzt.

## **DAX fest in ausländischer Hand**

Der Deutsche Aktienindex täuscht in seinem Namen eine kulturelle und geografische Hegemonie der Deutschen vor, die es im wahren Leben der Großkonzerne nicht mehr gibt. Das Kommando haben Investoren aus dem Ausland übernommen. In den Aufsichtsräten sitzen an den Schalthebeln Asiaten, Amerikaner, Briten und jede Menge Ölscheichs.

Grund: Man platzierte in der Steuerreform 1999 auf Seite 12 den Satz

*„Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen, die eine Kapitalgesellschaft an einer anderen Kapitalgesellschaft hält, sind nicht steuerpflichtig“,*

womit viele deutsche Investoren unverzüglich zum Verkaufsakt schritten. Die Folgen waren und sind gravierend:

Der Anteil ausländischer Investoren an den Dax-Konzernen hat sich seither verdoppelt. Heimische institutionelle Investoren halten heute nur noch lächerliche 15,3% am Dax. Das bedeutet: Strategische bedeutsame Entscheidungen werden mehrheitlich in Übersee oder anderswo in Europa getroffen und nicht mehr in Deutschland.

Ausgerechnet also Deutschlands wertvollste Unternehmen weisen den geringsten Anteil nationaler Eigentümer und den höchsten Anteil von Auslandsbesitz auf, wie sich aus der Graphik ergibt. Eine stille Machtübernahme hat stattgefunden.

Dadurch fließt der Großteil der Dividenden außer Landes. Von den 2018 ausgeschütteten Euro 36,5 Milliarden wurden 19,8 Milliarden in andere Länder überwiesen. Deutschland wird zur Republik nur noch der Lohnempfänger, Deutschland spielt nicht mehr 1. Liga.

Es wird nun auch der Nachteil der umlagefinanzierten Altersvorsorge offensichtlich. Hierzulande erleben wir bei der Rente ein ständiges Absacken des Leistungsniveaus. Staaten mit einem Schwerpunkt auf der kapitalgedeckten Vermögensbildung profitieren. So hat sich das Vermögen der 79 Staatsfonds weltweit in den vergangenen zehn Jahren auf US-Dollar 7,4 Billionen mehr als verdoppelt. Anders ausgedrückt:

Deutsche Vorzeigeunternehmen erwirtschaften die Pensionen von Amerikanern, Briten und Norwegern.

Der Bürger gerät in eine gefährliche Zangenbewegung. Denn:

1. Die Erträge der Kapitaleseite fließen verstärkt ins Ausland,
2. derweil der Staat bei den Konsumsteuern, den Energiesteuern und der Einkommenssteuer, seine wichtigste Refinanzierungsbasis gefunden hat.
3. Die Kapitaleseite trägt kaum noch zur Finanzierung der privaten und der öffentlichen Haushalte bei.

Das Zusammenwirken einer fehlenden Aktienkultur in Deutschland und die kluge Einkaufspolitik der Ausländer bewirken eine schleichende Verschiebung von Vermögenswerten. Das Land verliert auf diese Art nicht nur Geld, sondern auch einen Teil seiner Souveränität.

Die Zahl der Existenzgründungen hat im vergangenen Jahr ein Rekordtief von 547.000 erreicht. Gleichzeitig haben immer weniger Menschen den Wunsch nach beruflicher Selbständigkeit. Weniger Gründungen bedeuten weniger Innovationen. Der nachlassende Gründergeist ist deshalb ein Alarmsignal für die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik.

## **Verboteritis**

Was hat sich seit 1975 in Deutschland verdoppelt?

- Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß?
- Neuzulassungen von Personenwagen?
- Der Fleischverzehr?

Nein!

Es ist die Zahl der Verbotsforderungen, oder doch zumindest der Diskussionen darüber. In den Zeitungen kommt das Wort „verbieten“ schon seit Mitte der 70er-Jahre immer häufiger vor, wie die deutschen Akademien der Wissenschaften ausgewertet haben.

- Inlandsflüge: verbieten!
- Burkinis: verbieten!
- Diesel-Autos in der Innenstadt: verbieten!

Die Umweltministerin plant ein Verbot von Plastiktüten, und die Journalisten des Mainstreams schreiben, sie würden sich

*„viel freier fühlen, wenn manche Dinge verboten wären“.*

Das Verbot hat zwei schwere Nachteile: Es ist kompromisslos, darum führt es zu schädlichem Ausweichverhalten. Und es vergiftet die Stimmung in der Gesellschaft.

Das Verbot passt nicht in eine bunte Welt, wie wir sie in anderen Regionen genießen können.

Ist Deutschland noch bunt? Ist Deutschland wirklich noch lebenswert?

## **Geschichte des Abschwungs**

Bald werden Wirtschaftshistoriker die Zeit von 1990 bis 2018 als Deutschlands goldene Jahre und 2019 als Beginn einer post-globalisierten Welt bezeichnen.

Der hohe Industrieanteil und die damit verbundene Exportorientierung in den vergangenen 150 Jahren hatten sich urwüchsig entwickelt. Dieses Geschäftsmodell wurde von Politik, Wirtschaft und den großen Gewerkschaften stets unterstützt.

Selbst die Rezession im Winter 2008/09 konnte die Erfolgsstory nicht stoppen. Dank der schnellen und kräftigen Erholung war der äußerst kräftige Produktionsausfall zwei Jahre später aufgeholt. Dieser Aufschwung hielt faktisch bis zum Sommer 2018 an.

Echten Freihandel, von dem die deutsche Industrie so lange profitiert hat, wird es in der neuen bipolaren Welt nicht mehr geben. China schafft sich derzeit entlang der „Neuen Seidenstraße“ günstige Produktionsstandorte und Absatzmärkte, und die USA werden Unternehmen zwingen, wichtige Teile ihrer Wertschöpfung in die USA zu verlagern.

*„Mit Zwergen geht man nicht immer freundlich um, sondern man stellt sie in den Garten“,*

formulierte das Altkanzler Schröder.

Die deutsche Industrie wird ein Verlierer sein. Denn die Zeiten, in denen Deutschland fast monopolartig die Welt mit hochwertigen Maschinen, Autos und Chemikalien versorgte, neigen sich mit dem Aufstieg Chinas zur zweiten Hegemonialmacht dem Ende zu.

### **Bedrohte Meinungsfreiheit**

Eine Allensbach-Umfrage im Mai 2019 hat gezeigt, dass fast zwei Drittel der Menschen der Überzeugung sind, dass bei uns die Meinungsfreiheit eingeschränkt ist. Sie haben Angst vor beruflichen oder persönlichen Nachteilen, weil oder wenn sie eine bestimmte Meinung äußern. Annähernd zwei Drittel der Bürger sind überzeugt, man müsse heute

*„sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert“,*

denn es gäbe viele ungeschriebene Gesetze, welche Meinungen akzeptabel und zulässig sind. Allen voran gehört das Flüchtlingsthema für die große Mehrheit zu den heiklen Themen, bei denen man mit Äußerungen vorsichtig sein sollte, gefolgt von Meinungsbekundungen zu Muslimen und dem Islam. Darüber hinaus haben weite Bevölkerungskreise den Eindruck, dass man sich nur mit Vorsicht zu Themen wie Patriotismus, Homosexualität oder zu der Diskussion um das dritte Geschlecht äußern kann. Anders ist das bei Themen wie Klimaschutz, Gleichberechtigung, Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung, zu denen man sich, so der Eindruck der überwältigenden Mehrheit, freimütig äußern kann.

71% sagen, dass man sich zur Flüchtlingsthematik nur mit Vorsicht äußern kann. Das ist eine 2/3 Mehrheit!

Völlig verständnislos reagieren die Bürger auf nachträgliche Korrekturvorschläge zu Texten, die sicherstellen sollen, dass sie heutigen Sensibilitäten und Normen entsprechen. Dass beispielsweise Astrid Lindgrens „Negerkönig“ in „Pippi Langstrumpf“ zum „Südseekönig“ mutieren müsste, um nach heutigen Maßstäben politisch korrekt zu sein, löst nur Kopfschütteln aus. 75% plädieren für die Beibehaltung der Originalversion, nur 14% votieren dafür, Begriffe, die heute als nicht mehr zeitgemäss oder beleidigend empfunden werden, auszutauschen. Das Verständnis für solche Forderungen ist in den letzten Jahren nicht gewachsen, sondern zurückgegangen. 57% der Bevölkerung

*„geht es auf die Nerven, dass einem immer mehr vorgeschrieben wird, was man sagen darf und wie man sich zu verhalten hat“.*

### **Immer stärkere finanzielle Repression durch kalte Enteignung in Deutschland**

Die Abschaffung des Zinseszins effekts und die heimliche Enteignung der Bürger durch die sinkende Kaufkraft treffen deutsche Sparer besonders stark. Die reale Rendite für eine Geldanlage in fünfjährige Bundesanleihen liegt

seit acht Jahren im negativen Bereich.

In Deutschland sind die Renditen besonders niedrig.

Inzwischen weist das gesamte Laufzeitenspektrum von Bundesanleihen negative Renditen auf, mit minus 0,2% sogar jene über 30 Jahre. Staatsanleihen mit einer Laufzeit zwischen einem und acht Jahren rentieren zwischen  $-0,8\%$  und  $-0,9\%$ . Die zehnjährigen „Bunds“, die oft als wichtige Bezugsgrösse herangezogen werden, liegen fast bei  $-0,7\%$ .

Die finanzielle Repression hat die Bundesbürger fest im Griff. Mit dem Begriff „finanzielle Repression“ sind alle Zwangsmassnahmen gemeint, durch die dem Staat Geld zufließt, das er im freien Markt nicht oder nicht zu diesen Konditionen bekommen hätte.

Weitere Formen der finanziellen Repression sind – beispielsweise -

- Höchstgrenzen für Zinssätze,
- Zwangsanleihen,
- Kapitalverkehrskontrollen,
- die erzwungene direkte Kreditvergabe von Pensionskassen und Versicherungen an den Staat
- oder auch das Verbot von Goldbesitz.

Auch Anlagerichtlinien, wie es sie beispielsweise für Banken unter der Regulierung Basel III



oder für Versicherungen unter Solvency II gibt, muss man zur finanziellen Repression zählen.

Zur Berechnung der realen Renditen zieht man von der nominalen Rendite, die früher stets positiv war, noch die Inflation ab. Diese notierte in den vergangenen anderthalb Jahren in Deutschland zwischen 1,3% und 2,3%. Daraus ergibt sich derzeit eine reale Rendite für Anlagen in Staatsanleihen mit fünfjähriger Laufzeit von  $-2,5\%$  und in solche mit zehnjähriger Laufzeit von  $-2,3\%$ . Die realen Renditen für Staatsanleihen der mittleren Frist liegen in Deutschland nun bereits seit sage und schreibe acht Jahren im negativen Bereich. Bei den zehnjährigen Anleihen sieht es kaum besser aus, sie erreichten lediglich in den Jahren 2014 bis 2016 jeweils knapp positives Terrain.

Die Menschen in Deutschland bevorzugen sehr sichere Anlagen wie Sparbücher, Tages- und Festgelder oder eben Bundesanleihen, die im Prinzip allesamt keine Rendite mehr abwerfen.

Das ist im Ausland anders, wenn man sich das richtige Land aussucht, wo die Renditen nicht einmal besteuert werden.

Durch die negativen Zinsen hierzulande werden Anleger nicht nur kalt enteignet, weil die Kaufkraft ihres Ersparnen mit der Zeit deutlich abnimmt, sondern sie stellen die Menschen auch vor grosse Probleme beim Sparen und bei der Altersvorsorge.

Der Zins und damit der Zinseszinsseffekt sind quasi abgeschafft. Dabei gilt gerade der Zinseszinsseffekt als eines der am meisten unterschätzten Phänomene in der Wirtschaftswelt. Legt man beispielsweise Euro 50.000 für zehn Jahre zu 1% an, ergibt sich am Ende eine Summe von nominal gut Euro 55.000, bei 3% sind es jedoch über Euro 67.000. Jüngst rechnete ein Vertreter des deutschen Versicherungsverbandes vor, was einem Sparer derzeit entgeht, der jährlich Euro 1.200 über 30 Jahre für die Altersvorsorge zurücklegt. Bei einem Zinssatz von 4% käme er demnach am Ende der Anlagezeit auf Euro 67.000, bei den derzeitigen Zinsen von 0% auf nur Euro 36 000.

Aussicht auf Besserung besteht weder kurz- noch mittelfristig.

Es sei denn, man verlässt das Land ohne reale Zukunftsaussichten im eigenen Interesse wie im Interesse der Kinder und Enkelkinder.

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)